

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshalle und den Ausgabeorten 2 RM. im Monat, bei Bestellung durch die Posten 2,30 RM., bei Vorbestellung 2,00 RM. Einmalig 10 RM. für den ersten Monat. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. (Posten 12 Pf.).

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Raumzeile im täglichen Blatt 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Reichshalle ist für die Abgabe von Anzeigen durch Fernsprecher eingerichtet. Jeder Anzeigennehmer ist verpflichtet, seine Anzeigen rechtzeitig zu bringen. Die Reichshalle ist für die Abgabe von Anzeigen durch Fernsprecher eingerichtet. Jeder Anzeigennehmer ist verpflichtet, seine Anzeigen rechtzeitig zu bringen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 270 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Donnerstag, den 20. November 1930

Kurze Atempause.

Dreißig Gesetzentwürfe über weite Gebiete des Steuerwesens, über einschneidende Reformen bei den Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen, rücksichtsloses Zusammenpressen der Verwaltungsausgaben und vorzüglichste Bemessung der Einnahmen im Reichshaushalt des kommenden Jahres — eine Arbeit von riesigem Umfang hatte die Regierung dem Reichsrat vorgelegt und zugleich auch noch die Forderung daran gestellt, daß alles bis zum 20. November geschafft sein sollte, dem Reichsrat also nur eine etwa 14tägige Beratungszeit „zugebilligt“ war. Diese Zeit ist nun aber zu Ende und die Arbeit auch wirklich beendet. Hatten doch vorher die Sonderverhandlungen Brünings mit den wichtigsten Länderregierungen die Wege wenigstens einigermaßen geebnet. Außerdem verbietet aber der tiefe Ernst unserer ganzen finanziellen und wirtschaftlichen Lage jedes unnötige Hinanschleichen der Entscheidung.

Nun ist jene Arbeit des Reichsrates beendet, ohne daß es zu einem offenen Konflikt kam, obwohl den Ländern doch finanziell recht Schweres zugemutet wird. Einen Augenblick mag der Reichskanzler aufatmen — aber die eigentliche Arbeit beginnt für ihn erst jetzt: die Arbeit mit dem Reichstag, der am 3. Dezember zusammentreten soll. Ein Ringen mit den Fraktionen, und zwar nicht bloß mit jenen, die bereits gezeigt haben, daß sie in offener Opposition zum Kabinett stehen. Für den Reichskanzler und für die an sich schon schmale parlamentarische Grundlage hat sich die politische Situation seit dem Auseinandergehen des Reichstages sicherlich nicht verbessert; man braucht nur an die Wahlergebnisse des letzten Sonntags zu erinnern, die eine Schwächung der Mitte und eine Stärkung der radikalen Flügelparteien brachten. Es gehört kaum eine große Prophezeiung dazu, um vorauszusagen zu können, daß der Sturm von diesen beiden Seiten her sich wohl noch verschärfen, die Forderung nach einer „Kursänderung“ noch lauter erheben und sie zum Drehpunkt des kommenden Ringens werden wird. Gewisse Vorkommnisse im Haushaltsausschuß des Reichstages, wo man sich zurzeit mit der Beratung der Reihenordnungen beschäftigt, haben auch gezeigt, daß sich auch in sehr wichtigen Fragen eine Mehrheit gegen die Regierung unsicher zusammenfinden kann.

Trotzdem hat der Reichskanzler erklärt, daß er sich aus dem Gebäude dieser Reihenordnungen keinen wesentlichen Stein herausbrechen lassen will, er höchstens kleinen Abänderungsanträgen zustimmen würde, durch die aber am Gesamtergebnis nichts geändert oder etwa Zeit mit ungenutzten Beratungen verzögert wird. Diese Reihenordnungen stellen nun ja die erste Klippe im Kurs des Regierungsschiffes dar, sind aber längst nicht so gefährlich wie das, was an Klippen später kommt: die 30 Gesetzentwürfe, bei denen so manches mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen werden muß, und dann der Reichshaushalt selbst, der ja auch vieles enthält, was diese oder jene Partei der Mitte oder auch die Sozialdemokratie mit Mißfallen betrachtet. Solche Einwände dürften gegen die Reformvorschläge in noch viel größerem Umfang geltend gemacht werden, aber auch sehr wieder verlangt der Reichskanzler schnelle und vielmehr schnellste Erledigung der Steuer- und Finanzgesetze durch den Reichstag. Es heißt sogar, daß alles, dazu noch der Haushalt, bis Weihnachten beraten und — angenommen sein soll, damit sich diese Reform baldmöglichst auch finanziell und dann auch wirtschaftspolitisch auswirken kann.

Tr. Brünning will also zunächst einmal versuchen, wie weit er mit seinem Gepäd von Gesetzentwürfen usw. auf dem „normalen“ parlamentarischen Wege kommt; daß er auch hierbei wesentliche Änderungen an den Entwürfen ablehnen wird, ist nicht schwer zu schließen aus der Eile, die er auch vom Reichstag verlangen wird. Wie weit er damit durchdringen wird, das vermag man im Augenblick aber noch gar nicht zu sagen. Unbedingt wird aber sein Verlangen nach schnellster Bearbeitung des Gesetzentwurfesverleses stoßen auf jene Forderung einer sofortigen Kursänderung nach rechts oder auf eine sehr scharfe Opposition, wenn er diese Forderung zum mindesten als im Augenblick nicht wesentlich ablehnt. Daß ihm auch andere Möglichkeiten offenstehen und wohl auch vorschweben als jener „normale Weg“, liegt zu vermuten schon deshalb nahe, weil er in der Zustimmung des Reichsrats zu seiner Reformgesetzgebung eine nicht zu verachtende Stütze hat. Verlagerung eines oppositionellen Reichstages und Erlaß entsprechender Reihenordnungen durch die sein Programm wenigstens in den wichtigsten Punkten durchgeführt würde, ist ja ein Weg, den Brünning bereits einmal erfolgreich beschritten hat.

Curius antwortet Frankreich.

Schluß der Reichsratsbesprechungen. Der Reichsrat beendet seine Beratungen am Donnerstag, nachdem er sich am Dienstag unter Vorsitz des Reichskanzlers mit dem Steuervereinfachungsgesetz beschäftigt hat. Für die Schlussfassung des Reichsrats ist eine besonders feierliche Form vorgesehen. Neben den Ministerpräsidenten der Einzelstaaten werden auch verschiedene

Führerwechsel bei der Volkspartei

Dingeldey an Stelle von Dr. Scholz

Neue Führung in der Deutschen Volkspartei. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, hat seinen Rücktritt von beiden Ämtern erklärt, wie schon in den letzten Tagen vermutet wurde. Der Parteivorstand hat einstimmig beschlossen, entsprechend dem Vorschlag des Reichsministers a. D. Dr. Scholz, dem am 30. November zusammentretenden Parteivorstand den Reichstagsabgeordneten Dingeldey als Parteivorsitzenden vorzuschlagen. Auch im Fraktionsvorsitz wird voraussichtlich Dingeldey an die Stelle von Dr. Scholz treten. Abgeordneter Hugo wird wahrscheinlich als erster Stellvertreter neben dem Abg. Dingeldey berufen werden.

In einer Sitzung des Reichsparteivorstandes wurde bestimmt, daß die endgültige Entscheidung des Parteivorstandes am 30. November d. J. fallen soll. In diesem Zusammenhang ist ferner mitzuteilen, daß alle Vermutungen über die Neubesezung des Reichswirtschaftsministeriums mit einem Volksparteiker verfrüht sind. Verhandlungen, die hierüber mit dem früheren volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Minister a. D. von Raumer geführt wurden, sollen gescheitert sein.



Abgeordneter Dingeldey.

Reichsminister der Sitzung beizuwohnen. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Curtius werden zu wichtigen Fragen der Innen- und der Außenpolitik Stellung nehmen. Mit besonderem Interesse sieht man den Ausführungen von Dr. Curtius entgegen, der sich zu den letzten Reden des französischen Außenministers Briand und des französischen Ministerpräsidenten Tardieu äußern wird. Diese Reden haben in der internationalen Politik, besonders aber in Deutschland, das größte Aufsehen erregt, da Tardien jede Abrüstung Frankreichs brüsk ablehnte und auch Deutschland jedes Recht auf eine Revision der Friedensverträge absprach.

Deutschland macht nicht mehr mit.

Im Genfer Abrüstungsausschuß. Der Abrüstungsausschuß hat zur allgemeinen Überraschung zum erstenmal einen sowjetrussischen Antrag angenommen. Da der erste Artikel des Vorschlages der fünf Londoner Seemächte nur die Begrenzung der Gesamtkriegsschiffstomage vorsieht, beantragte Litwinaow unter Hinweis auf den Völkerbundvertrag die Einführung einer Verpflichtung zur allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen. Der französische Vertreter lehnte den Sowjetantrag scharf ab. Der Sowjetantrag wurde dann mit elf Stimmen gegen die Stimme Polens bei zwölf Stimmenthaltungen angenommen. Der deutsche Vertreter Graf Bernstorff erklärte, daß er sich bei künftigen Abstimmungen der Stimme enthalten werde, da das gegenwärtige Abrüstungsabkommen für Deutschland wertlos und sinnlos sei. Um der durch den Sowjetantrag herbeigeführten Verschärfung der Bestimmungen entgegenzutreten, beantragte der französische Vertreter eine Fassung, nach der die Herabsetzung der Flottenrüstungen „so weit möglich“ erfolgen soll. Der französische Antrag wurde mit 14 gegen eine Stimme bei deutscher Enthaltung angenommen. Der Abrüstungsausschuß befandete damit, daß es seiner Mehrheit um keine ernsthaftige Abrüstung zu tun ist.

Endgültiger Entschluß.

Bei den Verhandlungen über die Rücktrittsabsichten des Abg. Dr. Scholz hatte in persönlicher Sendung dem in der Schweiz weilenden Dr. Scholz der Abg. Dingeldey das Ersuchen des Parteivorstandes vorgetragen, wenn seine Gesundheit es irgend gestatte, seinen Entschluß rückgängig zu machen. Demgegenüber beharrte Dr. Scholz bei seinem anfänglichen Entschluß. Darauf faßte der Parteivorstand mit Bedauern den Beschluß zur Verurteilung des von Dr. Scholz selbst vorgeschlagenen Abg. Dingeldey.

Der Zwist in der D. Vp. in Sachsen.

Der Landesvorstand mißbilligt das Verhalten der Landtagsfraktion.

Der sächsische Landesvorstand der Deutschen Volkspartei, der am gestrigen Mittwoch in Leipzig tagte, faßte einstimmig folgende Entschlieung: „Der Landesvorstand stellt nach gemeinsamer Beratung mit der Landtagsfraktion fest, daß die gesamte Deutsche Volkspartei des Landes Sachsen unüberändert auf dem Standpunkt ihrer Entschlieung vom 29. September steht: „Landesvorstand und Landtagsfraktion erblicken in der Rheinlandräumung usw. neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten für eine aktive und entschiedene Außenpolitik unter dem Leitgedanken „Los von Versailles“. Die innerpolitische Voraussetzung hierfür ist „Los von der Sozialdemokratie“, was auch in dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen als der Wille der nichtsozialistischen Wählerschaft zum Ausdruck gekommen ist. Hieraus ergibt sich für die Deutsche Volkspartei die Folgerung, die Bildung einer Rechtsregierung zu ermöglichen.“

Der Landesvorstand mißbilligt deshalb das Verhalten der Landtagsfraktion bei der Wahl des Landtagspräsidenten, das in der Öffentlichkeit als ein Abweichen von dieser politischen Richtlinie der Partei empfunden worden ist.“

Dr. Blüher hat sein Landtagsmandat niedergelegt.

Dresden. Was nach den gestrigen Beschlüssen des sächsischen Landesverbandes der Deutschen Volkspartei zu erwarten war, ist eingetreten. In der heutigen Sitzung des Landtages verlas der Präsident vor Eintritt in die Tagesordnung ein Schreiben des Abgeordneten Dr. Blüher, durch das er mitteilt, daß er sein Landtagsmandat niedergelegt habe. Dr. Blüher wohnte der heutigen Sitzung des Landtages nicht bei.

Protest der Beamten.

Gegen vorzeitige Gehaltskürzung. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat zu dem Beschluß der Reichsratsausschüsse, die Gehaltskürzung am 1. Februar eintreten zu lassen, Stellung genommen. Dem Reichsrat wurde einstimmiger Beschluß unverzüglich zugeleitet:

Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist erstaunt und empört über den Beschluß der Reichsratsausschüsse, wonach die von der Reichsregierung für den 1. April nächsten Jahres geplante Gehaltskürzung bereits am 1. Februar eintreten soll. Die Beamtenchaft hat jederzeit Verständnis für sachlich begründete Notwendigkeiten bewiesen, sie lehnt jedoch entschieden ab, zum Objekt eines politischen Geschäfts gemacht zu werden. Die Bundesleitung erwartet von der Vollziehung des Reichsrates, daß sie dem Beschluß seiner Ausschüsse nicht zustimmt.

Auch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erklärt, daß die Beamtenchaft offenbar „als Ausgleichsobjekt für politische Schwierigkeiten“ verwendet werde. Aus der Begründung der Maßnahme gehe hervor, daß „wieder einmal die Differenzen zwischen Reich und Ländern auf dem Rücken der Beamtenchaft ausgetragen werden sollen“.

Unerträgliche Kriegslasten.

Deutsche Frauen fordern Revision der Verträge. Der Deutsche Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlage und zahlreiche andere Frauenverbände haben die Reichsregierung in einer Eingabe gebeten, sich umgehend mit den früheren Feindbündstaaten in Verbindung zu setzen, um eine Befreiung des deutschen Volkes von den unerträglichen Kriegslasten zu erreichen.

In der Eingabe heißt es u. a.: Not und Verzweiflung sind die Folgen der ungeheuren Lasten, die Jahr für Jahr getragen werden müssen. Dauer und Höhe der im Young-Plan vorgesehenen Zahlungen nehmen dem deutschen Volke jede Hoffnung auf Wiederaufstieg, Finanz- und Wirtschaftsreformen allein können eine Befreiung